

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich bei Haus Abgabe 1 mit Postzinsen 12.75 M. Nachgabe 11.95 M.
einzeljährlich Postzinsen, Preis der Einzelnummer 20 Pf.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Spredstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Einzelnen Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. - Preis für die
Post-Zustellung aller Anzeigen 1.40 M. im Voraus 3.50 M. - Für unbrauchbar gefundene, sowie durch
Fernüberbringer aufgegebenen Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

„Sogar in Fettdruck“

Die Geschichte eines „Dementis“

In Nr. 173 der „Sächsischen Volkszeitung“ vom Freitag den 29. Juli haben wir zu der Meldung einer Dresdner Korrespondenz Stellung genommen, wonach der sächsische Ministerrat beschlossen habe, im Falle der Ablehnung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer auch die Befolungsreform scheitern zu lassen. Diese Meldung der Korrespondenz wurde bekanntlich dementiert. Demgegenüber waren wir in der Lage, feststellen zu können, daß die Mitteilung der betreffenden Korrespondenz auf Richtigkeit beruhte und tatsächlich der Ministerrat beschlossen hatte, im Falle der Ablehnung der Steuern die Befolungsreform nicht zu verabschieden. Daß diese Feststellung den Herren Ministern nicht gefallen hat, glauben wir gerne. Aber Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen. Trotzdem erließ nun am Sonnabend mittag die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei einen neuen Haß, der uns aber erst nach Redaktionsschluß erreichte, so daß wir in der Sonnabendausgabe nicht mehr dazu Stellung nehmen konnten. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilte der Presse folgendes mit:

„In einigen Blättern war behauptet worden, der Ministerrat hätte am 27. Juli beschlossen, im Falle der Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer auch die Befolungsreform scheitern zu lassen, und trotz der halbamtlichen Mitteilung dieser falschen Nachricht hat die „Sächsische Volkszeitung“ heute sogar in Fettdruck die falsche Behauptung wiederholt und obendrein verblümt die falsche Behauptung dargeboten. Es sei hierdurch nochmals die Unrichtigkeit der ersten Meldung festgestellt. Der Ministerrat hat einen solchen Beschluß überhaupt nicht gefaßt, es haben vielmehr nach der Sitzung des Ministerrates die Minister einstimmig beschlossen, in einer Erklärung (so dem Landtag inzwischen vom Minister Lipinski unterbreitet worden ist) zu sagen:

„Ohne Grund- und Gewerbesteuer ist keine Befolungsordnung und keine Erhöhung der Pensionen möglich. Die Regierung vertritt nachdrücklich den Grundsatz, daß keine laufenden Ausgaben bewilligt werden dürfen, ohne daß entsprechende Einnahmequellen erschlossen werden. Dieser Grundsatz wird durch die Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer verletzt.“

Es kann mithin keine Rede davon sein, daß, wie einige Blätter es auf Grund einer falsch unterrichteten Korrespondenz darstellen, die Regierung „auf dem Rücken der Gemeinden und der Beamten den Konflikt mit der Landtagsmehrheit auslösen“ wolle.“

Woraus ersichtlich ist, daß die gegenwärtige Klientenregierung in Sachsen selbst daran Anstoß nimmt, daß unsere Meldung „sogar in Fettdruck“ erschienen ist. Es ist das etwas ganz Neues, und wir können uns wirklich nicht erinnern, daß bei irgend einem anderen Falle eine Regierung in einem Dementi, das zudem gar kein Dementi ist, sogar auf solche Keuschlichkeiten Bezug genommen hätte. Vollständig zerknirschert erkennen wir allerdings, daß es etwas Ungewöhnliches ist, Vorgänge bei Ministerratsverhandlungen, wenn den Ministern die Veröffentlichung nicht erwünscht scheint, „sogar in Fettdruck“ zu bringen.

Zur Sache selbst muß man den Rat bewundern, daß die Regierung Lipinski es riskiert, einen derartigen Haß nach her auszugeben, über den die „Sächsische Staatszeitung“ die Heber- schrift „Eine Falschmeldung“ setzt. Bereits in der zweiten Ausgabe vom Sonnabend den 30. Juli schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (Nr. 208) ganz richtig folgendes:

„Eine Feststellung können wir auch an dieser Stelle nicht unterlassen. Wir melden vor einigen Tagen aus der Kab.- neilsitzung, daß die Regierung die Durchführung der Befolungs- vorlagen von der Genehmigung der beiden Steuern abhängig machen würde. Diese Meldung wurde in einer offiziellen Nachricht als glatte Fiktion dementiert. Die heutige Regierungserklärung des Herrn Lipinski bestätigt unsere In- formation Wort für Wort, und es muß wirklich als ein starkes Stück bezeichnet werden, wenn die Minister die amtlichen Pressestellen dazu mißbrauchen, ihnen unangenehme Wahr- heiten in Lügen umzuformen.“

Wir haben schon oben angedeutet, daß es sich auch bei dem neuesten Erguß der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei um ein Dementi handelt. Nach der ersten Meldung der Sächsisch-Böhmischen Korrespondenz wurde glatt abgestritten, daß im Ministerrat etwas Derartiges vorgekommen sei. Jetzt wird zwar erneut die Unrichtigkeit der ersten Meldung festgestellt. Es wird aber gleich dazu gesagt, daß „nach der Sitzung des Ministerrates die Minister einstimmig beschlossen“ haben, es sei ohne Grund- und Gewerbesteuer keine Befolungsordnung und keine Erhöhung der Pensionen möglich. Sonderbar, höchst son- derbar! Der Ministerrat hat keinen solchen Beschluß gefaßt — aber nach der Sitzung des Ministerrates haben die Minister einstimmig beschlossen, im Falle der Ableh- nung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer die Befolungs- reform scheitern zu lassen!!! Das wird also glatt zugegeben, und da wagt es wirklich das Ministerium Lipinski, von einer Falschmeldung zu sprechen. Wie müssen schon sagen, daß eine solche Kühnheit uns noch nicht vorgekommen ist.

Es handelt sich also tatsächlich um einen einmütigen Beschluß der Minister — der nach dem Ministerrat gefaßt worden ist. Einmütige Beschlüsse nach den Ministerratssitzungen sind danach die neuesten Blüten der sächsischen Klientenregierungsmethoden. Unter solchen Umständen kann man natürlich immer ein Dementi in die Welt hinausschleudern. Man muß wirklich das Gesicht bewundern, mit dem diese Regierung, in der Lipinski und Fleißner dominieren, es versteht, ihr Ansehen mehr und mehr zu untergraben. Und damit natürlich auch das Ansehen des sächsischen Staates überhaupt.

Wir möchten aber nicht vergessen, den Herren Lipinski und Fleißner eine neue Gelegenheit zu einem Dementi zu geben. Selbst in Kreisen der unabhängigen Sozial- demokratie wurde in diesen kritischen Tagen die Ansicht geäußert, daß im Falle eines Rücktritts der Regie- rung von der unabhängigen Sozialdemokra- tie keinesfalls mehr die Herren Lipinski und Fleißner als Ministerkandidaten nominiert würden. Das sei bereits eine ausgemachte Sache. Vielleicht erklären die Herren Lipinski und Fleißner jetzt, daß es sich bei diesen Neußerungen weder um einen Parteitag- noch sonst einen Versammlungsbeschuß von unabhängigen handle. Das wäre denn richtig. Aber ebenso läßt sich nicht an der Tatsache rüt- teln, daß über die Herren Lipinski und Fleißner in ihren eigenen Parteireihen das gedankelt worden ist, was wir soeben behauptet haben.

In diesem Zusammenhang — es paßt der Auffassung nach so gut zu dem neuesten Dementi — sei auf einen Artikel der mehrheitssozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“ vom 29. Juli (Nr. 176) hingewiesen, in dem behauptet wird: „Der recht geschickt eingeleitete, zum Wahlkampf organisierte Angriff der bürgerlichen Parteien gegen die Regierung endete mit einem glatten Mißgung.“ Demgegenüber ist festgestellt, daß der Ver- tagungsantrag — was auch vom „Dresdner Anzeiger“ in Nr. 355 bestätigt wird — von den Mehrheitssozial- demokraten abgelehnt ist. Der Artikel in der mehrheitssozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“ stellt die Dinge geradezu auf den Kopf. Denn entgegen ihrer zurecht ge- äußerten Ansicht haben sich schließlich und trotz des nach der Ministerratssitzung einmütig gefaßten Beschlusses der Minister die Sozialdemokraten mit der Ablehnung der Befolungsvorlage in der Freitagssitzung einverstanden erklärt. Der eben erwähnte Artikel in dem Organ der Dresdner Mehrheitssozialdemokraten kommt aus der Feder des Landtagsabgeordneten Veltke, der auch die Stellungnahme der Kommunisten beleuch- tet und am Schluß von der kommunistischen Partei folgendes sagt: „Zunehmend kann schon heute gesagt werden, daß eine Koalition, die auf die stille Teilhaberschaft dieser Partei mit aufgebaut ist, schwerlich auf die Dauer zu halten ist.“ Ohne sich irgendwelchen Illusionen hingeben, verdient diese Bemerkung immerhin, registriert zu werden.

Um nun noch einmal auf das „Dementi“ zurückzu- kommen, so stellen wir also fest, daß die Minister am 27. Juli einmütig beschlossen haben, jetzt noch die vom Landtag bereits am 30. Juni im Prinzip bewilligte Befolungsordnung von der Annahme bezw. Ablehnung der „Grund- und Gewerbesteuer- vorlagen abhängig zu machen. Es handelt sich also um einen einmütigen Beschluß der Minister in dieser Hinsicht — und etwas anderes haben wir ja nicht behauptet. Ob dieser ein- mütige Beschluß der Minister nach der Sitzung des Ministerrates erfolgt ist oder nicht, ist im höchsten Grade gleichgültig, und ge- hört lediglich in das Kapitel der kuriosen Ereignisse seit dem 7. Dezember 1920. Wir freuen uns, daß somit das Dementi der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei unsere Feststellung in Nr. 173 vom 29. Juli fehlerlos bestätigt. Diese Art zu dementieren, ist allerdings im Interesse des Ansehens und der Würde des sächsischen Staates wenigstens erfreulich.

17. Generalversammlung der Präsidien der katholischen Gesellenvereine

Am 25., 26. und 27. Juli fand in Köln die 17. General- versammlung der Präsidien des Gesamtverbandes der katholischen Gesellenvereine statt. Es war dies die erste Generalversamm- lung, die nach dem Kriege abgehalten wurde. Schon die Tat- sache, daß der Weltkrieg und die Revolution zwischen der letzten Generalversammlung, die im Jahre 1913 stattgefunden hatte, und der heutigen lagen, machten die Versammlung bedeutungsvoll für die Arbeit des Gesamtverbandes. Der Gesamtver- band war im Kriege fast ganz zusammengebrochen. 17.000 seiner Mitglieder hatten den Weltkrieg erlitten. Die übrigen fanden fast sämtlich im Heide- und Häuser waren zu Lazarettzwecken benutzt worden. Aber trotz der großen Verluste durch den Welt- krieg hat der Gesamtverband sich mit eigener Kraft wieder er- neuert und heute zählt der Gesamtverband in seinem Gesamtver- bande wiederum an 70.000 aktive Mitglieder.

Was als besonders erfreuliches Zeichen nach dem völker- entweichenden Weltkrieg hervorgehoben werden muß, war die Tatsache, daß die Generalversammlung des Gesamtverbandes in- ternationalen Charakter trug. Nicht nur hatten die österreichischen Gesellenvereine Vertreter entsandt, auch die Schweiz war mit mehreren Präsidien vertreten, ebenfalls war der Präses des römischen, wieder neu entstandenen Gesellenver-

eins zugegen. Mit besonderer Freude konnte auch ein Vertreter der nordamerikanischen Gesellenvereine aus Chicago begrüßt werden. Der Zentralpräsident der tschechischen Gesellenver- eine hatte es sich nicht nehmen lassen, mit zwei anderen Prä- sidenten auf der Tagung zu erscheinen. Der Zentralpräsident von Ungarn war nur durch die wichtigen Kosten der Reise im letz- ten Augenblick verhindert worden, zu erscheinen. In selbst aus der Tschechoslowakei waren drei tschechische Präsidien aus Prag erschienen, so daß mit Stolz wohl auf die Tatsache hingewiesen werden kann, daß hier, im Gesamtverband wirklich die einzige wirkliche Internationale unter der Arbeiter- jugend der erwähnten Länder gegeben ist auf katholische in- ternationalen Boden.

Die Begrüßungsfeier zeigte schon echt Kolpingischen Hamt- lingsgeist und so konnte die Tagung recht hoffnungsvoll beginnend eröffnet werden. Der Generalpräsident der tschechischen Gesellenvereine nicht nur der deutschen Kardinal und vieler Bis- chöfe, sondern ebenfalls auch des Kardinalstaatsse- kretärs Caspari, der im Namen des Heiligen Vaters ein- huldreichs Schreiben sandte, berichten. Wum der Kardinal- primas von Ungarn, Czernak, hatte es sich nicht nehmen lassen, seine besten Wünsche der Tagung zu entbieten.

Nachdem der hochwürdigste Herr Weihbischof Dr. Lau- berg in einer hl. Messe den Segen Gottes auf die Tagung herabgeschleht hatte, begannen die Arbeiten. Als wichtigste Frage stand zunächst die Frage nach der Neuorganisation der Gesellenvereine auf der Tagesordnung. Zurückgehend zu den Gewohnheiten der Zeit seiner Gründungsjahre hat der Gesamtverband auch nach der Vertiefung seiner altbun- denständlichen das Bestimmungsrecht bei seiner gesetzgebenden Versammlung, der Generalversammlung, eingeräumt. Die Ent- wicklung der Zeit hat es nötig gemacht und die 75jährige Arbeit im Geiste Kolpings wußte auch Verlangen hervorgerufen, daß auch die Mitglieder wiederum durch dieses ihr Bestimmungsrecht werden, was sie vor allem in der ersten Zeit der Gründung waren: Die Apostel und Träger des Kolpinggedankens. Mit Bezug auf das Wanderunterstützungswesen wurde dem moder- nen Wanderbedürfnis infolgedessen in großzügiger Weise entgegenge- kommen, als neben dem Wanderbuch, das nur für die ar- beitslos auf Wanderschaft gehenden Mitglieder gilt, eine Wan- derkarte eingeführt wurde, die, wenn auch nicht freies, so doch billiges Nachmittags in allen Gesellenhäusern gewährt soll.

Die zweite bedeutungsvolle Aufgabe bestand darin, dem Gesamtverband der modernen Entwicklung entsprechend sein Aufgabengebiet vorzugeben. Der Gesamtverband er- öffnete seine geschichtliche Aufgabe heute darin, den religiös- verklärten Verursachungsismus in der Jugend zu pflanzen und es wurde dargelegt, wie vom religiösen Boden aus allein dieser Verursachungsismus gepflegt werden kann, welche hohe soziale Bedeu- tung der Gesamtverband durch diese Pflege des Verursachungs- fides für die Gegenwart hat und wie die Bildungsarbeit des Gesellen- vereins auch mit diesem Verursachungsismus sich verbinden muß. Einen Niederschlag fanden die Ausführungen in einem eigenen Programm, das der katholische Gesamtverband auf dieser seiner Generalversammlung einstimmig angenommen hat. Dieses Programm zeigt, wie aus dem alten Kolpingischen Ideal sich die Lebenskraft für den berufständigen Aufbau der Gesellschaft in der heutigen Zeit schöpfen läßt.

Die schwierige Frage der Stellung der Gesellen- vereine zu der Jugendbewegung wurde ebenfalls auf der Tagung erörtert, muß aber noch weiterer Klärung vor- behalten bleiben.

Auf jeden Fall darf diese Tagung des Gesamtverbandes, jenes Vereines, der dem katholischen Volke durch seine glanzvolle Vergangenheit so lieb geworden ist, alle Beachtung beanspruchen. Es dürfte wohl eine der wichtigsten Generalversammlungen des katholischen Gesamtverbandes gewesen sein und man darf wohl hoffen, daß aus dieser Generalversammlung nun auch der Gesellenverein neue Kraft schöpfen wird und seine Stellung inner- halb der modernen Jugendbewegung damit gesichert hat.

Die Generalversammlung schloß mit einer feierlichen An- bacht in der Ministerkirche mit Predigt Seiner Eminenz des hochwürdigsten Herrn Kardinals und Erzbischofs und einer be- geisterten Deutung vor dem Kolpingdenkmal.

Die Antwort Englands

Paris, 30. Juli. Davos weidet aus London: Die Meuter- erklärung, die die Note, die von der britischen Regierung an Frankreich gesandt wurde, ein in verbindlichen, gleich- zeitig aber in energischem Tone gehaltenen Schriftstück. Sie wurde von Lord Curzon nach dem Ministerrat von vor- gestern vormittag angefertigt und von den Ministern in der Nachmittagsitzung mit nur geringfügigen Änderungen an- genommen. Die Note ist ein launiges, mit der Schreibmaschine ge- fertigt Schriftstück von ungefähr 12 Seiten Manuskriptformat.

Der erste Teil ist einer Prüfung der Tatsachen gewidmet, die von der französischen Regierung vorgebracht wurden, und wiederholt in klarer Form die Ereignisse, die seit der Heber- reichung der französischen Note an Deutschland am 16. Juli e- chne vorhergehende Verhandlung mit den Alliierten sich abgepielt haben. Das sei das erste Anzeichen eines Auseinandergehens der Politik der Zusammen- arbeit gewesen, die bisher befolgt wurde. Dieser Hinweis diene nicht nur, die französische Regierung an das zu erinnern, was sich tatsächlich ereignet habe, sondern auch dazu, die Form zu bezeichnen, in der die britische Regierung immer wieder den Grundsat der Zusammenarbeit und gegen- seitigen Verständigung zwischen den alliierten Regie- rungen befolgt habe. Die Note drückt sodann das Entsetzen aus, das die britische Regierung bei der Wendung der Haltung der französischen Regierung empfunden habe, die in den ersten Tagen des Juli sich von dem Grundsat der Zusammenarbeit ent- fernte, auf den Lord Curzon und der französische Volksführer dringend hingewiesen und wozu sie sich bekräftigt hätten.

Briands Entgegnung

Paris, 30. Juli. (Havas.) Briand hatte gestern abend eine Besprechung mit Lord Hardinge und teilte ihm den Standpunkt der französischen Regierung nach dem Empfang der englischen Note mit.

Ein englisch-französisches Kompromiß

Paris, 31. Juli. Die Havas-Agentur teilt mit: Der englische Botschafter hat den Ministerpräsidenten dringend verständigt, daß die britische Regierung sehr gern dem Vorschlag Briands zustimme und ihren Botschafter in Berlin beauftragte, sich seinem französischen und italienischen Kollegen anzuschließen.

Wie Havas weiter berichtet, hat noch am Sonnabend abend der englische Botschafter in Berlin Anweisung erhalten, sich dem bereits erfolgten Schritte des französischen Botschafters anzuschließen.

Befriedigung der Pariser Presse

Paris, 31. Juli. Die Pariser Morgenpresse spricht sich mit Befriedigung über das Kompromiß aus, das zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde.

Aschenbrödel

Originalroman von E. C. Ebenstein Copyright 1919 by Geosim u. Comp., Berlin W. 30. (Nachdruck verboten)

(6. Fortsetzung.)

Aber mit ihm zugleich war auch Dr. Halbans in den Salon getreten und am Nachmittag hatte ihr Hofde kurzneg erzählt, sie habe dessen Bewerhung mit der größten Liebenswürdigkeit zu erwidern, denn Papa wünschte es, und wenn sie seinen Wunsch nicht aus Dankbarkeit erfüllen wollte, möge sie es wenigstens aus Klugheit tun.

„Ehe de Paris“ schreibt Vexinay, man kann nur sagen, daß man die Fassung gerettet habe, denn die Frage bleibe bestehen, welche Konventionen nach Oberschlesien geschickt und wann sie dorthin abgehen werden.

Über das englisch-französische Kompromiß äußert sich „Le Centre“ befriedigt, empfindet aber doch eine gewisse Beunruhigung und wirft die Frage auf, ob die Vertreter der drei alliierten Hauptmächte die sachlichen Fragen mit Herzlichkeit im Angriff nehmen würden.

Der deutsch-amerikanische Friedensschluß

Paris, 31. Juli. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ liegen in Washington Anzeichen dafür vor, daß sich Präsident Harding in der Frage der Herstellung des Friedens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten schneller entscheiden werde, als es die allgemeine Meinung sei.

Verschiebung der Abrüstungskonferenz

Paris, 30. Juli. Der Berichterstatter der „Newport Tribune“ in Washington teilt mit, daß der britische Botschafter und sein japanischer Kollege dem Staatssekretär Hughes einen Besuch abgestattet habe, um ihn zu ermahnen, die vom Präsidenten Harding einberufene Konferenz zu vertagen.

Eine Reise Lloyd Georges nach Amerika?

Paris, 31. Juli. Wie dem „New York Herald“ aus London berichtet wird, hält man es für möglich, daß Lloyd George sich demnächst nach Amerika begeben werde.

Zielen gegen die französischen Forderungen

Rom, 30. Juli. Der parlamentarische Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat heute in vertraulicher Sitzung den Außenminister und den italienischen Kommissar in Lopein General de Marini über Oberschlesien berät.

Ein Schreiben des deutschen Ausschusses

Breslau, 31. Juli. Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien hat unter dem 27. Juli dieses Jahres ein Schreiben an die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitarkommission in Oppeln gerichtet, in dem es heißt:

Halban, dem die ganze Zeit über ohnehin nicht wohl war bei der Sache, wurde ärgerlich die Asche.

„Ich kann mich doch nicht aufdrängen, gnädiges Fräulein. Wenn Ihre Cousine mehr Besorgen an der Unterhaltung mit Herrn Weismann findet.“

„Ach was, Sie sind zu schüchtern und bescheiden. Werken Sie sich doch mit Schmachten gewinnt man kein Frauenherz.“

„Aber was soll ich tun?“

„Erklären Sie sich so bald wie möglich, z. B. gleich heute beim Abendessen, wo Sie Brigitte's Tischlere sind.“

Halban schwieg und rief sein ediges, glattrasiertes Gesicht, während seine runden Fingerringe nachdenklich auf Brigitte ruhten.

Wenn sie ihn ablehne, war alles verloren. Und er hatte sich die Mädchen nun einmal in den Kopf gesetzt — gerade darum vielleicht, weil er merkte, daß sie sich dagegen wehrte. Er liebte „schwierige“ Fälle — nicht bloß im Beruf.

Inzwischen wandte er kein Auge von dem jungen Mädchen. Brigitte erhob sich.

„Sie müßte vor Tisch noch einmal in der Küche nachsehen.“

Entschuldigend lächelte sie sich bei Weismann. Draußen atmete sie tief auf. Das Gefühl, nicht mehr ganz so schuldlos dazustehen wie bisher, hatte Entschlossenheit in ihr wachgerufen.

Rein, sie wollte sich nicht verschleiern lassen wie eine Ware. Sie wollte überhaupt nie heiraten. Aber es würde sich ja wohl irgend eine Stelle für sie finden, zu Kindern oder als Hausmädchen. Sie wollte mit allem zufrieden sein, wenn sie nur auf eigenen Füßen stehen konnte. Und dazu würde dieser Herr Weiss, den sie heimlich erwartete, ihr vielleicht behilflich sein. Denn offenen Widerstand konnte sie dem Onkel doch nicht bieten, wo sie ihm so viel verdankte — und heute wollte sie lieber gar nicht mehr erscheinen.

5. Kapitäl

Molde stand in ihrem hellblauen Doucot und starre gerührt auf die Waalensprache, die soeben sorglich vom Gärtner in Moos und Seidenpapier verpackt, durch die Post gekommen war.

Ein Bilette steckte drin, darauf in almanichisch kriegeriger Schrift geschrieben stand: „Ein Gruß aus Oriental, der dem lieben Lächelchen sagen soll, wie zwei sehr alte Leute sich freuen würden, sie bald in ihrer künftigen Heimat begrüßen zu können. Hans und Pauline v. Degen.“

Die junge Braut rangelte die Stirn, schob das Bilette beiseite und warf sich feuchend in einen der ledernen Sauten.

Kommission gebildet wurden, bestehen in diesen Gemeinden nach aus Insurgenten oder jähren jährliche Insurgenten zu ihren Mitgliedern. Gewalttätigkeiten aller Art, Plünderungen, Verwundungen, Verschleppungen, Mißhandlungen, Freiheitsberaubungen ereignen sich alle Tage, Worde sind an Deutschen verübt worden.

Wie im Einverständnis mit der Interalliierten Kommission eingerichteten Liquidationsbüros der Insurgenten sind nichts anderes als Sammel- und Organisationsbüros für die Vorbereitung eines neuen Aufstandes. Einwandfrei ist beobachtet worden, daß geschlossene Formationen der Insurgenten noch jetzt die Gänge überstreifen.

Es ist begreiflich, daß in dieser Not sich der deutschen Bevölkerung große Unruhe bemächtigt. Die Nachricht, daß Konstantin, der Mann, der alles Unglück Oberschlesiens verursacht, vom französischen Ministerpräsidenten empfangen wurde, wirkt wie ein Faustschlag.

Die Ereignisse der letzten Monate haben das deutsche Volk in Oberschlesien mit tiefem Mißtrauen erfüllt. Zahlreiche Vorfälle, auch nach Beendigung des polnischen Aufstandes, zeigen, daß französische Soldaten und Offiziere die Aufständischen unterstützt und sich offen mit ihnen verbündet haben.

Die Not erinnert die französische Regierung daran, daß nach dem Frankfurter Zwischenfall im April vorigen Jahres Millerand die endgültige Zustimmung gab, daß die französische Regierung keine selbständige Maßnahme ergreifen werde, die die gemeinsamen Interessen der Alliierten berührte.

Die Not erinnert die französische Regierung daran, daß nach dem Frankfurter Zwischenfall im April vorigen Jahres Millerand die endgültige Zustimmung gab, daß die französische Regierung keine selbständige Maßnahme ergreifen werde, die die gemeinsamen Interessen der Alliierten berührte.

Paris, 30. Juli. „Ere nouvelle“ schreibt: Die augenblickliche Haltung der englischen Regierung in der oberschlesischen Frage ist tatsächlich die Meinung Englands. Die englische Regierung oder Lloyd George handeln, wie man auf der Straße denkt.

Das ganze Gemach, im Gegensatz zu dem streng englischen weichen Schlafgemach nebenan, in französischem Stil gehalten, amete kofetten Luxus.

Was sollten die lustlosen Halben daneben? Und die schon öfter wiederholte Einladung nach dem schweizerstädtischen Gut, das so fern von allem lag, was Jaldes Gedanken beschäftigte?

„Ach ja — die Liebe konnte auch noch lästige Seiten haben. Seit Herr Abreise empfand sie das zuweilen mit leiser Ungebuld.“

Die Rose räunte das Moos beiseite, das die Kissen umgeben hatte.

„So“, sagte Molde, „trage sie nur das ganze Zeug da hin aus.“

Sie hand auf und trat vor den silberumrahmten Spiegel, um die Rollen des halbfreien nilgrünen Tockleides zu ordnen, das ihre Gestalt wirkungsvoll umschloß.

Schon war sie mit dem kleinen funkelnden Brillantstern im blauen Haar und den leuchtenden Nixenaugen. Kamoh! — und dafür sollte keiner blind sein, auch Fremden nicht, da nun einmal Herr nicht da war, um es zu würdigen. Auch später, wenn sie keine Frau war — ach nein, darin hatte diese Jolite ja ganz recht, begnadeten brantete man sich nicht lassen deshalb.

„Schon jemand hier?“ fragte sie die Rose über die Schulter.

„Einen Augenblick, Papa. Herr Weismann will die einen Bekannten vorstellen, den er mitbrachte.“

„Herr Oppach leste die Karten, die er eben ausgenommen hatte, um zu gehen, hin und folgte seiner Tochter in den Salon.“

„Einen Augenblick, Papa. Herr Weismann will die einen Bekannten vorstellen, den er mitbrachte.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Dresden

Öffentliche Mahnung zur Zahlung der 1. Rate der vorläufigen Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921

Steuerpflichtige, die ein vorläufiges Anforderungsschreiben über Reichseinkommensteuer auf das Rechnungsjahr 1921 erhalten, aber die 1. Rate derselben innerhalb 2 Wochen nach der Zustellung des genannten Anforderungsschreibens nicht bezahlt haben, werden hiermit auf Grund von § 214 der Reichsabgabenordnung mit Genehmigung des Landesfinanzamtes Dresden aufgefordert, den rückständigen Steuerbetrag binnen 8 Tagen zu bezahlen.

Eine besondere schriftliche Mahnung erfolgt nicht, vielmehr wird nach Ablauf von 8 Tagen das Vollstreckungsamt beantragt, die dann noch rückständigen Steuerbeiträge zwangsweise einzuziehen.

Die 2. Rate der Reichseinkommensteuer

ist bis zum 15. August 1921 an die dem Anforderungsschreiben aufgedruckte Kassenstelle abzuführen. Für die Bewohner der Städte, in welchen ständige Kassenstellen nicht bestehen, bietet sich Gelegenheit, die genannte 2. Rate und die noch etwa rückständige 1. Rate am 1. August 1921, vormittags von 1/8 bis 1 Uhr an den in den Aufstellungen bezeichneten te. m. n. l. Kassenstellen zu entrichten.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-Johannstadt. Herz-Jesu-Konferenz des Piusentia-Vereins. Mittwoch, den 3. August abends 8 Uhr Sitzung im Spielplatz, Wittenberger Straße 88.

Letzte Telegramme

Der Oberste Rat

Paris, 1. August. Laut Journal wird Briand persönlich die Einladungen zur Tagung des Obersten Rates ergehen lassen, die unter seinem Vorsitz am Quai d'Orsay stattfinden.

Die Rückfahrt der französischen Besatzung

Frankfurt, 1. August. Der Protest des Kreises Weisenheim gegen die dauernden Artilleriebeschießungen der Franzosen, welche die Einbringung der Ernte hart behindern, hat jetzt den fernmandierenden General der Rheinarmee zu einer Erklärung veranlaßt, in der er in sehr spitzfindiger Weise der Bevölkerung beweisen will, daß durch den Fortfall der Genearbeiten am Vortage die Einbringung der Ernte nicht erschwert werde. Im übrigen sei aber der Befehl der Abhaltung militärischer Übungen unabänderlich. — So steht die Rückfahrt der Besatzung auf die Bevölkerung des Rheinlandes aus.

Eine pazifistische Stimme zum Rheinlandproblem

Brüssel, 1. August. Die Presse bespricht ein Werk des Prüffler-Universitätsprofessors Declair, das unter dem Titel „Die westliche Frage“ erschienen ist und mit seiner Stellungnahme zur Schaffung eines selbständigen Rheinlandes großes Aufsehen erregt hat. Aus historischen Tatsachen kommt der Verfasser unter Ablehnung eines autonomen Rheinlandes auf die Notwendigkeit einer pazifistischen Politik gegenüber Deutschland. Auch das führende Blatt der Liberalen, der „Sole“, hält die Möglichkeit der Verwirklichung eines autonomen Rheinlandes für sehr zweifelhaft.

Der türkisch-russische Vertrag ratifiziert

Paris, 1. August. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Nationalversammlung den im März dieses Jahres geschlossenen türkisch-russischen Vertrag mit 207 gegen 1 Stimme ratifiziert.

Waldbrand

Rürnberg, 1. August. Ein großer Waldbrand vernichtete in unmittelbarer Nähe der Stadt mehrere hundert Hektar Waldbestandes im Werte von über einer Million Mark. Der Brand konnte erst nach neunstündiger Tätigkeit zahlreicher Feuerwehren, der Polizei und Reichswehr gelöst werden. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Friedrich Koenig; für den Inseratenteil: Josef Hofmann. — Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei“ G. m. b. H. zu Dresden.

Schirgiswalde

Zucker-Verteilung

Dem Kommunalverband Saugen-Land ist es möglich, aus erpörrten Mengen 1/2 Pfund Zucker

auf den Kopf der Bevölkerung zum Preise von 1.90 Mk. auszugeben und zwar vom 2 bis 8. August 1921 auf Abschnitt 19 der Lebensmittelkarte für Reichsbrotverfolger und Abschnitt 3 für Selbstverfolger.

Die Belieferung der Kleinbäcker erfolgt durch die Vorliegen der Kleinbäckereiverordnungen resp. durch die Firma Brige & Söhne in Saugen.

Saugen, am 30. Juli 1921. 1909 Kommunalverband Saugen-Land.

Lehrer Richard Schwarzbach und Frau Elisabeth geb. Bernet zeigen nur hierdurch ihre am 30. Juli 1921 in aller Stille erfolgte Vermählung an. 1905

Kunstofferei und Dampfwaschanstalt Chemische Reinigungs-Anstalt Fernsprecher 22109 M. Richter Fernsprecher 22109 Fabrik u. Kontor: Dresden, Prießnitzstr. 44 färbt, wäscht, reinigt schnell, sauber und preiswert. Annahmestellen: Breite Straße 16, Gutzkowstr. 8, Viktoriast. 1, Stiftstraße 4, Oppelstraße 16, Hauptstraße 2. Auf Wunsch Abholung frei Haus. 1978

Rarität

(Hamburger Corona)

Wieder zu haben!

Die gute Zigarre zu 100 Pf. Qualitätsarbeit!

Diese Zigarre ist das Produkt einer tiefen Kenntnis des Rohmaterials, verbunden mit einem in jahrelanger Erfahrung gereiften Verständnis für den Geschmack des Rauchers

W. Beutner

Zigarren-Importeur Dresden - A., Zahnsgasse 3 Fernsprecher 18761

Bei Hinweis auf dieses Inserat gebe bei Kauf 10 obiger Zigarren 1 Zigarre gratis!

Garten-Kaffeehaus „Maximilian“

Dresden, Moritzstraße 19, Ecke Maximilianring Nächst Pirnaischer Platz.

Heute Montag den 1. und morgen Dienstag den 2. August

Große Opfertage

für die notleidenden und schwerbedrängten Oberschlesier, Flüchtlinge und Vertriebenen

Täglich: 1904

Großes Künstler-Konzert

ausgeführt von der verstärkten Hauskapelle unter Leitung des Kapellmeisters O. Wehner.

Tanz in der Diele im 1. Stock.

Kabarett-Tanzvorführungen der kleinsten Spitz- u. Tänzerinnen Dresdens — Anfang 7 Uhr. —

In Anbetracht der guten Sache wird um rege Teilnahme gebeten

Oberschlesische Hilfe Dresden. Martin Meißner.

Otto Bergmann, Bankgeschäft

Dresden

im Herzfeldhaus (Eingang Schössergasse 2)

Telegr.-Adresse: Bergbank. — Kassestunden 9—1 Uhr

Fernruf 10090 — Postcheck-Konto: Dresden 18290

Wertpapiere — Ausländische Zahlungsmittel

Börsenaufträge — Fachmann. Auskunftserteilung

Ankauf und Verkauf von Wertpapieren jeder Art

zu am liebsten Kurzen 1917

Heidelbeeren Preiselbeeren Aprikosen Tomaten

Bohnen Gemüse Pilze

Fruchtsäfte

Gurken

Einkoch-Apparate Gläser

Saftgewinner Einlegetöpfe

Gebr. Eberstein

Dresden, Allmarkt 7 1522



Bürsten • Bosen Pinsel, Kämmo usw. J. Häppel, Dresden-N. Obergraben 3, Kommerz Straße 22, Ammonstraße 27 (Lonnek Nachf.) 1970



Die Sorge um das tägliche Brot

wird unendlich schwer, wenn Krankheiten die Ausübung der Berufstätigkeit behindern

Wohlmuth's elektro-galvanischer Schwachstrom-Apparat (Marke Geweco)

zur Selbstbehandlung ist ein tausendfach bewährtes Mittel gegen Erkrankungen der verschiedensten Art. Verlangen Sie kostenlose Druckschriften und nehmen Sie Probebestimmungen. G. Wohlmuth & Co., A.-G., Dresden, Bürgerwiese 22 (Haus Dianabad).

Behandlungs-Institute (Ambulanzen) und Vorführungsstellen:

- Sanitätshaus M. Thierfelder, Dresden-A., Amalienstr. 28, I. Albert Götz, Dresden-N., Hauptstraße 17 Frau A. M. Schmelzer, Dresden-A., Ermelstraße 19 Otto Trettler Nachf., Dr.-Blasewitz, Am Schillerplatz Richard Häusle, Naturheilanstalt, Bählau, Carolsstr. 4 General-Vertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen: Max Warnatsch, Bautzen, Heringstraße 3, I. 1904

Wichtige Bekanntmachungen

Ernte 1921

I. Gemäß der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 5. Juli 1921 („Reichsanzeiger“ vom 9. Juli 1921 Nr. 158) wird in Ergänzung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1921, Ernte 1921 betr., folgendes bestimmt:

- § 1. Der Preis für Getreide und seine Zusammenfassung ist nach der Art des Getreides und seiner Zusammenfassung zu bestimmen. § 2. Als Getreide von mindestens mittlerer Art und Wert gilt Getreide nur, wenn die Fruchtgröße bei Lieferung am dem 1. Oktober 1921 — 19 von Hundert und bei Lieferung vom 1. Oktober 1921 ab — 17 von Hundert nicht übersteigt und wenn es gut und gesund ist, auch hinsichtlich seiner sonstigen Eigenschaften der Durchschnittsbeschaffenheit der betreffenden Getreideart in der Abgabegegend entspricht. § 3. Für die Bewertung des Getreides ist seine Beschaffenheit bei der Ankunft an dem vom Erwerber bezeichneten Bestimmungsorte maßgebend. § 4. Die Preise gelten für Lieferung ohne End. Die näheren Bestimmungen für technische Hebelastung von Säcken insbesondere über die Maßgebühren und über die Preise der Säcke trifft die Reichsgetreidebehörde jeweils durch Veröffentlichung im deutschen Reichsanzeiger.

Stellt der Verkäufer Ende nur bis zur Verladung des Getreides, von dem die Waage mit der Waage oder zu Wasser verladen wird, zur Verfügung, so darf hierfür eine Maßgebühre nicht berechnet werden. § 5. Die Preise gelten für Verzehrung binnen 15 Tagen nach Ablieferung. Wird der Kaufpreis länger aufbewahrt, so dürfen bis zu 2 von Hundert Jahreszinsen über Maßgebühre angeschlossen werden.

II.

Zu Ausführung der Verfügung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 14. Juli 1921 wird zu § 3 der Bekanntmachung des Gemeindevorstandes Dresden und Umgebung vom 15. Juli 1921, Ernte 1921 betr., folgendes bestimmt: Wenn ein Erzeuger nachweist, daß er unter Berücksichtigung des eigenen Wirtschaftsbedarfs Eigenanfertigung von Wintergetreide abliefern möchte, kann er sich von der Verpflichtung zur Lieferung auslast durch Zahlung des dem Unterschied zwischen dem Marktpreis und dem Verkaufspreis für freies Getreide entsprechenden Betrages zum Rohpreis von 400 Mk. für die Tonne befreien.

Dresden, am 1. August 1921. 1907

Gemeindevorstand Dresden und Umgebung

Bankhaus Grieshammer & Söder

Dresden-A., Viktoriast. 28

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte

Fernsprecher 12451

Herrenstoffe Kostümstoffe Mantelstoffe Sportstoffe Futterstoffe

Billard-, Pull-, Wagen-, Uniformstoffe, Manchesterstoffe, Altartuche

empfiehlt 1402

Hermann Pörschel Tuchlager

Dresden-A., Scheffelstraße 19 Gegründet 1888